

Bündnis C- Christen für Deutschland

Finanzpolitisches Programm

Stand 12.11.2022

Inhaltsverzeichnis

A.	Grundlage des finanzpolitischen Programms.....	3
B.	Ein beziehungsorientiertes Finanzsystem	3
1.	Geld	4
1.1.	Aktuelles Geld.....	4
1.2.	Echtes Geld	4
1.3.	Geldschöpfung	4
1.4.	Deckung	4
1.5.	Eintauschbar und stabil	5
1.6.	Umtauschraten	5
1.7.	Weises Wirtschaften	5
1.8.	Materieller Wohlstand	5
1.9.	Geldzirkulation	6
2.	Inflation	7
3.	Deflation	8
4.	Zinsen	8
5.	Schulden	10

6.	Kreditgeschäft/Investitionen.....	11
7.	Banken.....	12
7.1.	Partnerschaft/Teilhaberschaft.....	12
7.2.	Einlagen.....	13
7.3.	Mindestreserve Bankwesen.....	13
7.4.	Kreditvergabe.....	13
7.5.	Kreditlaufzeiten.....	14
7.6.	Bürgschaft und Kreditsicherheit.....	14
7.7.	Dienstleister.....	15
8.	Komplementärwährungen.....	15
8.1.	Sektorale Währung.....	15
8.2.	Regionale Währung.....	16
9.	Kryptowährungen und digitale Zentralbankwährungen (CBDCs).....	16
C.	Flankierende Maßnahmen.....	17
11.	Konkurs-/Insolvenzverfahren.....	18
12.	Subventionen.....	19
13.	Machtkonzentration (Kartelle, Monopole, Großgrundbesitz).....	19
14.	Staatliche Steuern und Abgaben.....	20
15.	Lobbys.....	21
16.	Börsenspekulationen.....	21
D.	Die ersten Schritte.....	22
E.	Abgrenzung zu anderen Parteien.....	23

A. Grundlage des finanzpolitischen Programms

Jede politische Partei hat ein politisches Selbstverständnis. Es bildet die Grundlage für all ihre politischen Programme und Aktivitäten. Das Selbstverständnis von Bündnis C basiert auf der Bibel in ihrer Gesamtheit als die höchste und ausschlaggebende Leitlinie für das Handeln und Denken des Menschen.¹

Dementsprechend orientieren sich alle Überzeugungen und die daraus resultierenden politischen Programme und Aktivitäten an dem durch Gottes Wort gelehrt christlichen Menschen- und Weltbild. Das gilt genauso für die finanzpolitische Position und Ausrichtung als Grundlage für wirtschaftliches Handeln. Diese zwei Aussagen leiten uns in unserem politischen Denken:

Behandelt die Menschen so, wie ihr selbst von ihnen behandelt werden wollt. (Lukas 6,31)

Liebe deinen Mitmenschen wie dich selbst! (Markus 12,31)

Infolge seiner beziehungsorientierten Ausrichtung fußt der biblische Entwurf allen ökonomischen Handelns auf dem grundsätzlichen Wohlwollen des Menschen all seinen Mitmenschen gegenüber², und damit zwangsläufig auf Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit. Alles andere nennt die Bibel Betrug.³ Gottes Definition von Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit sehen wir als Fundament sowohl für alle wirtschaftlichen Aktivitäten (Herstellung/Kauf/Verkauf von Gütern/Dienstleistungen), als auch für das dafür eingesetzte, systematisierte Zwischentauschmedium Geld.

Ein gerechtes und ehrliches Geld- bzw. Finanzsystem arbeitet deshalb konsequenterweise mit einem Zahlungsmittel, das schwer zu missbrauchen und für egoistische Zwecke zu manipulieren ist. Dieses System muss überdies allen Wirtschaftsteilnehmern, unabhängig von ihrem eigenen Gesellschaftsstatus und ihrer wirtschaftlichen Lage, sowohl den gleichen uneingeschränkten Zugang zum Geld als auch das gleiche Nutzungsrecht gewähren.

Nach unserer Auffassung hält das heutzutage global akzeptierte, gelehrte, geförderte und angewandte Finanzsystem diesen Anforderungen keineswegs stand. Aus diesem Grunde engagieren wir uns für die Einführung eines Finanzsystems für die Bundesrepublik Deutschland, das den biblischen Maßstäben gerecht wird.

B. Ein beziehungsorientiertes Finanzsystem

Die Frage, ob das uns zur Verfügung stehende Finanzsystem positive oder negative Auswirkungen auf uns und unser Umfeld, sprich unsere Mitmenschen, hat, hängt im Wesentlichen davon ab, wie wir es gebrauchen. Allerdings entspringt auch ein gewisser Einfluss aus der Gestaltung der einzelnen Systemkomponenten. Deshalb kann die Politik ein Umfeld schaffen, in dem rücksichtsvolles, beziehungsorientiertes Handeln begünstigt und belohnt wird. Wir glauben, dass die Strukturierung eines Finanzsystems auf Basis biblischer Prinzipien diese Anforderungen erfüllt.

¹ Vgl. Bündnis C, Grundsätze und Eckpunkte zum Grundsatzprogramm 2/2019, 1. Präambel unter <https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2019/03/Buendnis-C-Grundsätze-und-Eckpunkte.pdf>

² Matthäus 22,37-39; Lukas 6,27-28

³ 5. Mose 25,13-16; Sprüche 11,1; Amos 8,5; Micha 6,11-13

1. Geld

1.1. Aktuelles Geld

Geld ist ein von Zentral- und Geschäftsbanken erschaffenes und den Wirtschaftsteilnehmern zur Verfügung gestelltes Zwischentauschmedium, um ökonomische Aktivitäten (Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen) zu vereinfachen.

Unser heutiges Geld ist ein sogenanntes „Fiat-Geld“⁴ Es ist nur teilweise durch tatsächliche, physisch bereits vorhandene Sachwerte gedeckt und wird zum Großteil durch Schulden „gestützt“, sprich, durch noch nichtexistierende Sachwerte, deren geplante und versprochene Realisierung möglicherweise niemals erfolgen wird. Deshalb kann auch kein Geldbesitzer seine Münzen, Geldscheine oder seinen elektronisch gespeicherten monetären Besitz bei den Geldinstituten in real existierende Sachwerte eintauschen.

Fiat-Währungen ermöglichen den Banken eine künstliche Geldschöpfung, die immer eine Inflation, also einen Wertverlust des Geldes, nach sich zieht.

1.2. Echtes Geld

Unser Bestreben ist daher die Einführung echten Geldes, das nicht so leicht missbraucht und manipuliert werden kann wie das heutige Fiat-Geld.

Dieses Geld soll für den täglichen Gebrauch auch weiterhin aus physischen Münzen und Geldscheinen bestehen und nicht zu einem reinen elektronischen Zahlungsmittel mutieren. Damit soll die Nutzungskontrolle des Geldes auf privater Ebene durch Staat, Finanzinstitute und weitere Autoritäten weitestgehend eingeschränkt bleiben.

1.3. Geldschöpfung

Zentral- und Geschäftsbanken befinden sich entgegen dem Anschein generell in Privatbesitz und verfolgen deshalb selten Unternehmensziele, die der Allgemeinheit dienen. Um Missbrauch und Manipulation zur eigenen Vorteilsnahme zu unterbinden, darf die Geldschöpfung deshalb nicht länger in ihren Händen liegen. Bündnis C favorisiert eine politisch und finanzwirtschaftlich unabhängige Institution, besetzt mit Experten unterschiedlicher Fachrichtungen, die als monetäres Steuerorgan sowohl für die Geldschöpfung als auch für die gesunde Geldmengenregulierung in der Wirtschaft verantwortlich zeichnet. Eine Zentralbank wird dadurch überflüssig. Ausrichtung und Arbeitsweise des Geschäftsbankensektors erfahren ohnedies eine tiefgreifende Veränderung (siehe 7. Banken).

1.4. Deckung

Das neue, echte Geld ist (wieder) durch real existierende, physische Vermögenswerte gedeckt, und zwar in einem fest verankerten Umtauschverhältnis (analog

4 Der Name „Fiat-Geld“ bedeutet so viel wie „Es soll sein.“

Goldstandard-Zeiten), um eine Währungsstabilität zu gewährleisten und Währungsspekulationen einzudämmen. Die Deckung erfolgt durch die begrenzt zur Verfügung stehenden Edelmetalle Gold und Silber. Damit wird eine beliebige und grenzenlose Geldvermehrung unterbunden. Eine Erhöhung der Geldmenge ist so nur im Gleichschritt mit der eigens hierfür vorgesehenen Förderung bzw. dem entsprechenden Ankauf dieser Edelmetalle möglich.

Der damit verbundene Ausstieg aus dem Euroraum bedeutet keine Abwendung von der EU. Die Europäische Union ist von ihrer Idee her eine Wirtschaftsgemeinschaft und Völkerfamilie, die wir schätzen und die Deutschland weiter mit prägen soll, jedoch keine Fiskalunion

1.5. Eintauschbar und stabil

Die Deckung durch bereits existierende, und nicht erst noch in der Zukunft zu realisierende, Sachwerte erlaubt Geldbesitzern, ihren monetären Besitz jederzeit in den korrespondierenden Sachwert eintauschen zu können. Das Umtauschverhältnis bleibt stets gleich (siehe 1.4. Deckung), womit das Vertrauen in die Währungsstabilität gegeben ist.

1.6. Umtauschraten

Auch wenn das neue Geld innerhalb des Landes einen stabilen Wert behält, bleiben die Umtauschraten zu ausländischen Zahlungsmitteln so lange schwankend, wie diese als Fiat-Währungen den heute üblichen Manipulationen durch eine künstliche Geldschöpfung und Währungsspekulationen unterliegen.

1.7. Weises Wirtschaften

Weil das neue, durch vorhandene Gold-/Silberbestände, gedeckte Geld nicht beliebig vermehrt werden kann, zwingt es zu weisem Wirtschaften. Nur was vorhanden ist, kann ausgegeben bzw. zur Verfügung gestellt werden. Investitionen können nur in dem Maße erfolgen, wie es die real zur Verfügung stehenden Finanzen ermöglichen. Das entspricht einer weisen und vorausschauenden Haushalterschaft mit anvertrautem Gut.

Schuldfinanzierungen sind damit nur noch maximal in der Größenordnung möglich, in der die Besitzer von real existierendem echten Geld bereit sind, zu verleihen und in Höhe des insgesamt tatsächlich existierenden echten Geldes (siehe auch 7.3. Mindestreserve Bankwesen).

1.8. Materieller Wohlstand

Jesus Christus: „Gebt, so wird euch gegeben. Ein volles, gedrücktes, gerütteltes und überfließendes Maß wird man in euren Schoss geben; denn eben mit dem Maß, mit dem ihr messt, wird man euch wieder messen.“ (Lukas 6,38)

Als Zwischentauschmedium ist Geld lediglich ein Hilfsmittel, Wirtschaftsaktivitäten (Kauf/Verkauf) zu erleichtern. Geld hat allerdings diverse Vorteile (z.B. Liquiditätsvorteil; keine „Verrottung“; leichter Transport; einfache Lagerung; usw.) gegenüber

Gütern und Dienstleistungen, weshalb es gerne als Wertspeicher genutzt und von seinen Besitzern gehortet und damit der für die Wirtschaft notwendigen Zirkulation entzogen wird. Der traditionelle Anreiz, momentan nicht gebrauchtes Geld durch Verleih gegen Zinsen der Geldzirkulation zuzuführen, ist nach biblischem Verständnis keine Option und versagt bei Niedrigzinsen (siehe 4. Zinsen).

Weil aber nur eine unentwegte Geldzirkulation materiellen Wohlstand ermöglicht, pumpen Zentralbanken heutzutage „frisches“, also aus dem Nichts geschaffenes und auf Schulden basiertes Geld, in die Volkswirtschaft, um so ökonomisches Wachstum anzukurbeln und Wohlstand zu steigern oder zu erhalten.

Allerdings ziehen derartige Maßnahmen eine wachsende Verschuldung und damit eine steigende Ausgabenlast und erhöhte Preise aufgrund des höheren Schuldendienstes nach sich.

Ein besserer Weg, die Zirkulation sowie die erforderliche Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des neuen Geldes zu erreichen, ist die Einführung einer Art „Liegegebühr“, wie im nächsten Punkt beschrieben.

1.9. Geldzirkulation

Für die Allgemeinheit ist es gerechter, wenn auch das Zwischentauschmedium Geld für seinen Besitzer den gleichen Effekt hat, den eine nicht verkaufte und somit verrottende/obsolet werdende Ware oder Dienstleistung für seinen Anbieter hat – einen Wertverlust. Solch ein Wertverlust des Geldes kann durch die Nutzung einer sogenannten Liegegebühr erreicht werden, durch die das liegende, also nicht zirkulierende, Geld zu festgelegten Zeitpunkten oder in regelmäßigen Intervallen (z.B. alle 1, 2 oder 3 Monate) einen bestimmten Prozentsatz (z.B. 1%, 2% oder 3%) seines Wertes verliert.

Der durch diese Liegegebühr erreichte Wertverlust ist aber nicht gleichzusetzen mit dem Wertverlust durch eine Inflation oder den mittlerweile zunehmend belasteten sogenannten Negativzinsen:

- Ein Wertverlust aufgrund einer **Inflation**, also dem künstlichen Aufblähen der im Umlauf befindlichen Geldmenge über die gesunde volkswirtschaftliche Verträglichkeit hinaus, trifft jeden Geldbesitzer, unabhängig von der Größe seines Kapitals, und ohne, dass dieser irgendeinen Einfluss darauf hat. Profiteur ist hauptsächlich der Staat, der mit dieser Geldwertminderung (= Manipulation) seine eigenen Verbindlichkeiten reduziert. Eine Inflation ist de facto eine Enteignung der Geldbesitzer. Betroffen hiervon sind vor allem Mittellose, aber auch der Mittelstand, weil sie, anders als Wohlhabende und größere Unternehmer, kaum Möglichkeiten haben, ihre Inflationsverluste durch eine Weiterbelastung an andere zu kompensieren.
- **Negativzinsen** betreffen z.Zt. nur Besitzer von Geldvermögen ab einer bestimmten Größenordnung. Durch die Verlagerung von Teilen ihrer Geldvermögen auf verschiedene Geldinstitute, haben die Betroffenen

allerdings einen gewissen Handlungsspielraum, derartige Zinsen zu vermeiden. Negativzinsen sind Einkommen für die Banken.

Eine **Liegegebühr** betrifft prinzipiell alle Geldbesitzer, unabhängig von der Größe ihres monetären Vermögens. Die Geldbesitzer können sich allerdings frei entscheiden, ob sie den Wert ihres Geldes durch Zahlung der Gebühr erhalten wollen, oder den Verlust akzeptieren. Von der Liegegebühr profitiert die Allgemeinheit, denn sie soll ausnahmslos für öffentliche Nutzungszwecke verwandt werden.

Um den Wertverlust zu vermeiden, schaffen wir Anreize für Kapitalbesitzer, ihr Geld für werterhaltende Sachwerte, zur Unterstützung Bedürftiger, für Investitionen oder Ähnliches auszugeben.

Geben Geldbesitzer ihr Geld nicht in die Zirkulation, dann verliert es an Wert. Damit wird gleichzeitig die Macht der Kapitalbesitzer gebrochen. Die gesamte, der Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Geldmenge reduziert sich dadurch nicht. Korrespondierend zu den von den Geldbesitzern in Kauf genommenen Wertverlusten wird „neues“ Geld bis zur vorhandenen Deckung in Umlauf gebracht.

Der Versuch, die Liegegebühr zu umgehen, indem nicht genutztes Geld gegen die Deckung (Gold, Silber) eingetauscht wird, kann durch ein Umtauschlimit oder eine Rücktauschgebühr verhindert werden.

2. Inflation

Fiat-Währungen ermöglichen eine künstliche, vollständig auf Schulden basierte Geldschöpfung durch die Zentralbanken. Ebenso können die Geschäftsbanken durch das sogenannte Mindestreserve-Bankwesen und Giralgeld in großem Umfang quasi aus dem Nichts ungedecktes Geld erschaffen.

Beides führt zur Inflation, weil unkontrolliert mehr Geld in den Umlauf gebracht wird, als die Wirtschaft für ein gesundes Funktionieren vertragen kann, und damit zur Geldentwertung.

Nutznieser sind vor allem der Staat durch die Reduktion der eigenen Verbindlichkeiten und die Geldinstitute durch die Schaffung von künstlichem Geld zum Verleih gegen Zinsen. Inflation führt zudem grundsätzlich zu einem Vermögenstransfer von Arbeit (den Armen) zum Kapital (den Reichen) und ist somit Diebstahl.⁵

Mit echtem Geld wird es aufgrund seiner physischen Deckung (Gold, Silber) und der kontrollierten Geldvermehrung durch eine dafür designierte Rohstoffgewinnung bzw. -zukauf keine Inflation und damit verbundene schleichende Enteignung der Bürger mehr geben.

⁵ Bei der in den Medien kolportierten Inflation handelt es sich nahezu immer um den sogenannten Verbraucherpreisindex (CPI), also der Rate, zu der Produkt- und Dienstleistungspreise steigen oder fallen. Diese Preisveränderungen können vielerlei Ursachen haben, was aber nicht mit Inflation im Sinne einer ungesunden Geldmengen-Vermehrung verwechselt oder gleichgesetzt werden darf.

Zudem wird der potentiellen Selbstbereicherung der Geldinstitute durch den Verleih künstlich geschöpften Geldes ein Riegel vorgeschoben (siehe auch 7.3. *Mindestreserve Bankwesen*), wie der politischen Nutzung künstlicher Geldschöpfung.

3. Deflation

Eine Deflation, also eine am Angebot für Waren und Dienstleistungen gemessene zu geringe Geldumlaufmenge, ist auch weiterhin möglich, wenn auch nicht in dem Umfang wie bei Fiat-Währungen. Das monetäre Steuerorgan kann hier jedoch unabhängig und gezielter gegensteuern als die von eigenen finanzpolitischen und wirtschaftlichen Interessen getriebenen Zentral- und Geschäftsbanken.

4. Zinsen

“Zinseszinsen schaffen nicht nur einen Impetus für ein pathologisches Wirtschaftswachstum, sondern verstoßen auch in den meisten Ländern gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Einzelnen. Wenn eine Verfassung jedem Bürger gleichen Zugriff auf Regierungsleistungen garantiert – und Geld muss als solche definiert werden – dann ist es gesetzwidrig, ein System zu haben, in dem eine kleine Minderheit ständig mehr von dieser Leistung in Anspruch nimmt, als sie bezahlt, was zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen geht, die weniger erhält, als sie bezahlt.”⁶

Indem sie ein zinsgesteuertes Geldsystem als Basis für die Wirtschaft erlauben, verstoßen die meisten Regierungen der Welt, auch die der Bundesrepublik Deutschland, wissentlich oder unbewusst, gegen ihre eigene Verfassung, die zu schützen sie geschworen haben.

Aus biblischer Sicht ist der Zinsgebrauch unter Gläubigen nicht zulässig⁷ und in einem beziehungsorientierten Finanzsystem⁸ auch nicht zu empfehlen. Unter dem Gebot der Nächstenliebe verbietet sich auch die Ausnutzung einer Notlage Nichtgläubiger durch Zinsnahme.

Wirtschaftsmathematisch betrachtet hat der heute nahezu ausschließlich angewandte Zinseszins erhebliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaft wie auch die individuelle Wirtschaftslage der breiten Bevölkerung, wie zum Beispiel:

- genereller Wachstumszwang der Wirtschaft und seiner Teilnehmer
- ein ums Überleben kämpfender Unternehmenssektor
- Überentwicklung der Geldvermögenswerte einiger weniger zu Lasten der Mehrheit
- reduzierte Einkommen durch zinsaufgeblähte Preise
- wachsende Einkommensunterschiede
- steigende Arbeitslosigkeit

6 Prof. Dr. Dieter Suhr (1939-1990, ehemaliger Richter und Professor für Verfassungsrecht) in: Margrit Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation, Kapitel 1 (München: Wilhelm Goldmann Verlag, 1994)

7 2. Mose 22,24; 3. Mose 25,35-37; 5. Mose 23,19-20; Sprüche 28,8; Nehemia 5,7-11

8 Matthäus 7,12; Lukas 6,31; sowie Matthäus 5,44; Lukas 6,27-28

- ökologische Ausbeutung und Zerstörung
- Krieg und Kapitalzerstörung.

Vor diesem Hintergrund sieht Bündnis C diese positiven Auswirkungen für die Allgemeinheit durch den Verzicht auf Zinsen:

- Zinsen schaffen Geld aus Geld. Damit diktiert die Geldschöpfung, wie produziert werden muss, um dieses künstlich geschaffene Geld mit realer Leistung zu untermauern. Die Abschaffung des Zinsgebrauchs unterbindet diese Verkehrung des Wirtschaftsprozesses und den dadurch künstlich erhöhten Leistungsdruck.
- Zinsen sind für den Kreditgeber ein Einkommen ohne Arbeit und daher aus christlicher Sicht ethisch nicht vertretbar.⁹ Zinsen sind immer ein Vorteil für den Kreditgeber und immer ein Nachteil für den Schuldner, es sei denn, letzterer kann diese Last auf andere Personen abwälzen. Es ist ein arithmetisches Gesetz, dass Zinsen die Reichen ohne Arbeit zunehmend reicher und die Armen trotz mehr Arbeit synchron und in gleichem Maße zunehmend ärmer machen. Ein Zinsnahme-Verbot lässt dieses Unrecht nicht mehr zu.
- Geldverleih gegen Zinsen ist in der Regel eine risikoarme Investition für jeden Kreditgeber. Das komplette Risiko, die Kreditsumme plus Zinsen durch physische Arbeit zu erwirtschaften, liegt beim Schuldner. Dieser Form von Ausbeutung des Schuldners setzt die Untersagung jeglichen Zinsgebrauchs ein Ende.
- Zinsen führen dazu, dass die als Kredit zur Verfügung gestellten Gelder vorrangig den für die Rückzahlung sichersten Schuldnern gewährt werden und nicht unbedingt den für die Wirtschaft produktivsten oder zukunftsfähigsten. Bei Untersagung der Zinsnahme wird nicht mehr nur die Rückzahlung über eine Kreditvergabe entscheiden, sondern was der Wirtschaft und damit der Allgemeinheit guttut.
- Zinsen werden nicht nur von denen gezahlt, die sich selbst Geld leihen, sondern von allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten. Weil Unternehmen die Zinslast ihrer Verschuldung als Kostenfaktor in die Preisgestaltung ihrer Produkte und Dienstleistungen einfließen lassen, zahlt jeder ihrer Kunden Zinsen für Schulden, die er nicht zu verantworten hat. Ohne Zinsnahme werden Produkt- und Dienstleistungspreise nicht mehr künstlich aufgebläht.
- Zinsen ermöglichen zu finanzieren, was man sich im Moment eigentlich nicht leisten kann, und binden damit zukünftiges Kapital. Damit wird es künftigen Generationen weggenommen, die es möglicherweise ganz anders einsetzen würden, und zwar nach den dann gegebenen Verhältnissen.
- Die Zinsnahme ist eine der Gründe für die Konzentration der Geldvermögen auf immer weniger Menschen. Ohne Zinsen werden nicht immer mehr Menschen von immer weniger Kapitalbesitzern finanziell verklavt.

Der heute grundsätzlich angewandte Zinseszins mit seinem exponentiellen Wachstumsmuster und dem daraus resultierenden permanenten Wachstumswang für die produktive

⁹ 1. Thessalonicher 4,11; 2. Thessalonicher 3,10-12

Wirtschaft führt zu einer zerstörerischen Ausbeutung unserer natürlichen Rohstoffe. In der Konsequenz resultiert der Gebrauch von Zinsen in zunehmendem Maße auch in der ökologischen Zerstörung unseres Planeten. Ohne den zinseszinsbedingten exponentiellen Wachstumszwang erhalten wir sicherer die Lebensgrundlagen für uns und die nachfolgenden Generationen.

Der Verzicht auf Zinsnahme ist nicht mit dem zinsfreien Ansatz der Islam-Bankgeschäfte vergleichbar, die seit Zulassung der Frankfurter KT-Bank im März 2015 in der Bundesrepublik Deutschland möglich sind. Das sei kurz am Beispiel eines Hauskaufs erläutert: Anstatt wie sonst üblich dem potentiellen Hauskäufer einen Hypothekenkredit auf Zinsen zu gewähren, kauft die islamische Bank das Haus zunächst selbst, um es dann zinsfrei, allerdings mit einem deutlichen Aufschlag, zu festen Raten an den eigentlichen Käufer weiterzukaufen.

Dagegen verfolgt Bündnis C einen vollkommen zinsfreien Ansatz, ganz ähnlich der Methode der schwedischen JAK Mitgliedsbank¹⁰, die den Zinsgebrauch als ein für die Volkswirtschaft zerstörerisches Werkzeug komplett ablehnt. Ihr entwickeltes Kredit-/Sparprämien-Modell¹¹, ermöglicht Kreditvergaben ohne Zinsen, sogar ohne Risiko- und Liquiditätsprämien, und auch ohne Inflations-Anpassungen, was stabile Prämien für die gesamte Laufzeit ermöglicht. Es werden lediglich Gebühren für Verwaltung und Entwicklung berechnet.

5. Schulden

Die weltweite Verschuldung betrug bereits Ende 2018 das etwa Dreifache der globalen Jahreswirtschaftsleistung. Hauptschuldner sind reichsten und wirtschaftlich stärksten Nationen der Welt. Die Summe der aktuellen Verschuldung im öffentlichen, privaten und Unternehmenssektor plus aller zukünftigen Verbindlichkeiten (Pensionsansprüche, Sozialversicherungszusagen, Zinszahlungen, etc.), zeigen z.B. für die USA, Japan, China, Großbritannien, Frankreich und die BRD ein Mehrfaches ihrer Jahreswirtschaftsleistung im Minus. Es scheint der Irrglaube vorzuherrschen, dass vermeintlich reiche und wirtschaftlich starke Nationen nicht bankrottgehen können.

Laut Statistischem Bundesamt stieg die öffentliche Verschuldung Deutschlands bis Ende Q3/2020 auf 2,2 Billionen Euro, 15,6% mehr als Ende 2019¹², was allein diesen Teil der Verschuldung auf 64% der Jahreswirtschaftsleistung erhöht. Im Zuge der Corona-Hilfen wurde die Schuldenbremse in Deutschland und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) von der EU außer Kraft gesetzt.

Laut Statista stieg die öffentliche Verschuldung der BRD per Ende 2020 auf insgesamt 2.325,5 Mrd. €. ¹³ Das entspricht gut 70% des relevanten BIP von 3.336,2 Mrd. €. ¹⁴ Hinzu

10 <https://jak.se>

11 <https://monneta.org/jak-bank-modell/>

12 Quelle: tagesschau.de vom 22.12.2020

13 <https://www.statista.com/statistics/274179/national-debt-in-eu-countries/>

14 <https://www.statista.com/statistics/685925/gdp-of-european-countries/>

kommen private Schulden (84,4% des BIP)¹⁵ und die geschätzten Unternehmensschulden (deutlich höher als die privaten Schulden) und alle bereits gewährten zukünftigen Verpflichtungen (Pensionszusagen, etc.). Damit erreichte die aktuelle Schuldenhöhe der BRD mindestens das Dreifache der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Wir sind davon überzeugt, dass Schulden aus wirtschaftsmathematischer Sicht und wegen ihrer zerstörerischen Folgen äußerst unklug sind. Die Bibel warnt: *Wer Schulden macht, wird zum Sklaven seines Gläubigers.*“ (Sprüche 22,7)

Schuldner können, zumindest was den Teil der Tilgung zuzüglich Zinsen betrifft, keine freien Finanzentscheidungen mehr treffen.¹⁶ Außerdem handelt es sich bei Schulden um die Nutzung von Mitteln, die für die Schuldner in Wirklichkeit noch nicht existieren. Durch das Schuldenmachen wird den nächsten Generationen eine große finanzielle Last auferlegt, ohne ihnen hierbei ein Mitspracherecht einzuräumen.

Jede Verschuldung, egal auf welcher Ebene und in welchem Kontext, ist nicht immer, jedoch meistens Ausdruck einer miserablen Haushaltschiff, eines Lebensstils bzw. einer Ausgabenpolitik, die die eigenen finanziellen Möglichkeiten übersteigt. Wir plädieren deshalb für eine drastische Reduzierung und Rückzahlung vorhandener Verbindlichkeiten auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene, selbst wenn das für eine bestimmte Zeit zu schmerzlichen Einschnitten in den Haushalten führen wird. Sowohl aus ethischer als auch aus rechtschaffener Sicht gibt es unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen gegenüber dazu keine Alternative.¹⁷ Fazit: Nur schuldenfreie Haushalte können einen gesunden Spielraum für monetäre Hilfen bieten. Darum sollen die Möglichkeiten zu neuerlicher Verschuldung unterbunden werden. Unser erklärtes Ziel ist ein weises Wirtschaften mit vorhandenen Mitteln anstatt mit geliehenen. Dazu gehört auch, mehr soziale und wirtschaftliche Verantwortung von den staatlichen Institutionen auf die Bürger zurück zu übertragen (siehe auch *13. Staat*). Wir fordern die Umkehr von Ansprüchen an den Staat zu einer der Gesellschaft dienenden Haltung, eine Kultur des Gebens statt des Nehmens.

6. Kreditgeschäft/Investitionen

Wie bereits unter *1.2. Echtes Geld* dargelegt, ist mit einem durch Gold und Silber gedeckten Geld keine ausschweifende Verschuldung mehr möglich. Und wie unter *4. Zinsen* ausgeführt, ist unser Ziel die Schaffung eines zinslosen Finanzsystems inkl. Zinsnahme-Verbot. Folglich können keine Kreditvergaben gegen Zinsen mehr erfolgen.

Stattdessen sollen die Geldbesitzer im Sinne der beziehungsorientierten Ausrichtung des Finanzsystems ermutigt werden, ihre momentan nicht genutzten Finanzen beispielsweise als Starthilfe für Bedürftige oder in Not geratene Mitbürger zur Verfügung zu stellen, z.B. als Geschenk oder zinsloses Darlehen.¹⁸

15 <https://www.ceicdata.com/en/indicator/european-union/private-debt--of-nominal-gdp>

16 5. Mose 28,44

17 5. Mose 28,12

18 2. Mose 22,24; 3. Mose 25,35-37

Als weitere gute Möglichkeit unterstützt Bündnis C Investitionen in Geschäfte/Unternehmungen, die dem Wohl anderer Individuen, der eigenen Gemeinde, Stadt oder Region dienen. Hierbei geht es um eine Teilhabe/Partnerschaft anstatt einer reinen Geldinvestition (Shareholdervalue). Als Teilhaber/Partner ist der Geldgeber im Verhältnis seiner Einlagen/Investitionen nicht nur an den Profiten, sondern auch an den Verlusten in Höhe seiner Einlage beteiligt -eine gerechte Risikoverteilung.

Wir ermutigen weiterhin auf biblischer Grundlage die Vergebung nicht zurückzahlbarer Schulden nach sieben Jahren durch den Kreditgeber¹⁹ (siehe auch 7.5 *Kreditlaufzeiten*). Dabei geht es nicht um einen Freibrief für vorsätzlich säumige Schuldner, sondern um einen Akt der Barmherzigkeit durch den Gläubiger, sofern der Schuldner (trotz freiwilliger Unterstützung bzw. Hilfe anderer) schuldlos außerstande ist, das vereinbarte, zinslose Darlehen vollständig zu tilgen. Vorrang vor gesetzlichen Vorschriften haben individuelle Regelungen zwischen Schuldner und Gläubiger mit der Maßgabe, nur so viel Geld aufzunehmen, wie in sieben Jahren rückzahlbar ist.

7. Banken

Weil Geldschöpfung und Geldmengensteuerung in die Hände des Unabhängigen Monetären Steuerorgans gelegt (siehe 1.3. *Geldschöpfung*) und der Zinsgebrauch abgeschafft werden, gibt es keine Notwendigkeit mehr für eine Zentralbank.

Zudem muss die Branche der Geschäftsbanken in eine vertrauenswürdige Finanzdienstleistungsbranche transformiert werden, die der produktiven Wirtschaft und dem Privatsektor dient. Banken dürfen der produktiven Wirtschaft nicht länger diktieren können, was finanziell machbar ist und was nicht.

7.1. Partnerschaft/Teilhaberschaft

Als Partnerschaften/Teilhaberschaft hafteten die Bankiers früher mit ihrem eigenen Vermögen für faule Kredite und schlechte Investitionsentscheidungen. Deshalb war es wichtig, Teil des sozialen Gefüges ihrer Dorfgemeinschaft, Stadt oder gar Region zu sein. Gute persönliche Beziehungen zu ihren Klienten resultierten in wertvollen Einblicken in deren Potential, Schwierigkeiten, Herausforderungen, Chancen und Optionen. Nur so waren die Bankiers in der Lage, wirklich kluge, gesunde, weitsichtige und rentable Entscheidungen im Sinne aller Beteiligten zu treffen. Sie arbeiteten quasi mit ihren Kunden für den gemeinsamen ökonomischen Fortschritt und Wohlstand zusammen.

Heute sind Banken zumeist Gesellschaften mit beschränkter Haftung und stehen nur noch bedingt für „faule“ Kredite und mangelhafte Investitionsentscheidungen gerade. Die Risikoschwelle für gewagte finanziellen Transaktionen ist hierdurch sehr niedrig geworden.

Ethisch und rechtlich gesehen kann nur der eine Haftung komplett aufheben oder beschränken, der diesen Haftungsanteil selbst übernimmt. Weil der Staat, der diese

Haftungsbeschränkung gesetzlich verankert hat, das aber nicht tut, hat er auch nicht das Recht, sie auf den Steuerzahler abzuwälzen.

Die Gesetze zur Haftungsbeschränkung minimieren die Verantwortung für Fehlentscheidungen, das Eingehen übermäßiger Risiken und setzen den Fokus auf kurzfristige Gewinne. Sie untergraben so eine gesellschaftlich und wirtschaftlich verantwortungsvolle Haushalterschaft zum Wohle der Allgemeinheit.

Teil der von Bündnis C angestrebten Transformation ist daher die Abschaffung der Gesellschaftsform(en) mit beschränkter Haftung für die Geldinstitute, um die bewährten Formen der Partnerschaft/Teilhaberschaft zu stärken.

7.2. Einlagen

Banken dürfen dank erfolgreicher Lobbyarbeit ihre Kundeneinlagen als eigenes Vermögen in ihren Bilanzen deklarieren. Zwar weist die Bank jede Einzahlung als Verbindlichkeit den Einzahlern gegenüber aus, aber die Kunden werden von ihrer Position als Besitzer in die schwächere Position des Gläubigers versetzt. Durch diesen rechtlichen Kniff können die Banken an dem sogenannten Mindestreserve Bankwesen teilnehmen, das ihnen erlaubt, künstlich Geld zur eigenen Selbstbereicherung zu schaffen (siehe 7.3. *Mindestreserve Bankwesen*).

Bündnis C strebt ein Verbot dieser Praxis an, um ausufernde Spekulationen durch künstlich geschaffenes Geld zu verhindern.

7.3. Mindestreserve Bankwesen

Das Mindestreserve Bankwesen erlaubt den Banken, von allen bei ihnen getätigten Einzahlungen lediglich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve von zurzeit 1% als sogenannte Sicherheit bei der EZB zu hinterlegen. Die anderen 99% können vielfach verliehen werden.

So ermöglicht eine Einlage von z.B. 1.000 Euro bei einem Mindestreservesatz von 1% dem Bankensektor eine künstliche Schöpfung von 99.000 Euro aus dem Nichts, die nun gegen Zinsen verliehen werden können. Diese Art der Geldschöpfung führt zu Inflation, Überschuldung, unrechter Bereicherung, etc.

Ein Finanzsystem mit echtem, durch Gold/Silber gedeckten Geld, unterbindet eine derartige Geldvermehrung und Geldmanipulation, denn die maximale Verschuldung kann die gedeckte Geldmenge nicht überschreiten. Ein Mindestreserve-Bankwesen wird es nicht mehr geben.

7.4. Kreditvergabe

Die unter 6. *Kreditgeschäft/Investitionen* aufgeführten Punkte finden hier Anwendung. Durch das gedeckte Geld und die Abschaffung des Mindestreserve-Bankwesens können die Banken nur noch Kredite in maximal der Höhe des real existierenden Geldes vergeben. Außerdem darf nur das Geld verliehen werden, das von seinen Besitzern zu diesem Zweck bei dem Geldinstitut deponiert wurde. Ein beziehungsorientiertes Handeln der Banken (siehe 7.1. *Partnerschaften/Teilhaberschaft*)

führt zu größerer Sorgfalt in der Bewertung und Zusage von Kreditanfragen. Die Bündelung von verschiedenartigen Schuldtiteln und deren Verkauf als „Finanzprodukt“ hat in der Finanzkrise des Jahres 2008 global zu zerstörerischen Auswirkungen geführt und wird deshalb verboten.

Biblich gesehen sollte jeder Mensch über Immobilieneigentum verfügen. Eigentum bedeutet Unabhängigkeit und Freiheit zum Wirtschaften. Bündnis C entwickelt Modelle, damit Familien zu günstigen Konditionen Wohneigentum erwerben können. Eine Alternative kann die Möglichkeit sein, Teilhaber einer Wohnungs-, Agrar- oder Firmengenossenschaft zu sein. Damit werden Immobilienaufkäufe im großen Stil oder feindliche Übernahmen von Betrieben gleichzeitig uninteressant.

7.5. Kreditlaufzeiten

Das Gros der Einlagen (Einzahlungen) bei den Banken ist kurzfristig terminiert, weil die Gelder innerhalb von Tagen, Wochen oder maximal wenigen Monaten wieder abgehoben werden. Trotzdem binden die Geldinstitute sie heutzutage langfristig in Hypotheken, Investitionskrediten, etc. Sie spekulieren dabei auf einen nie versiegenden Fluss kurzfristiger Einlagen, um die laufenden Auszahlungen hinlänglich bedienen zu können. Ein kollektiver Abzug der kurzfristigen Einlagen (Bankensturm) führt zum Zusammenbruch der Bank. Den Preis dafür bezahlt aber nicht die Bank selbst (siehe 7.1. *Partnerschaft/Teilhaberschaft*), sondern deren Kunden und, im Falle eines sogenannten Bailout durch die Regierung, alle Steuerzahler.

Im Zuge der angestrebten Generalüberholung des Bankensektors wird Bündnis C die Rechtslage diesbezüglich ändern, damit Geldinstitute das Geld ihrer Kunden nicht länger als ihr eigenes Vermögen deklarieren können (siehe 7.2. *Einlagen*)

Im Übrigen halten wir die in der Bibel festgelegte Kreditlaufzeit von maximal sieben Jahren als überschaubaren Planungshorizont für eine weise Zeitspanne (siehe auch 6. *Kreditgeschäft/Investitionen*).

7.6. Bürgschaft und Kreditsicherheit

Zur Absicherung eines Kredits verlangt der Kreditgeber in der Regel entweder eine vertrauenswürdige Bürgschaft oder ausreichende Sicherheiten von Seiten des Schuldners.

Bürgschaften ermöglichen es den Banken, potenzielle Kreditvergaben lockerer als nötig zu bewerten. Die Bürgschaft des Bürgen stellt ebenso wie die Schulden des Schuldners eine finanzielle Versklavung an den Gläubiger dar²⁰, da der Bürge immer bereit und in der Lage sein muss, den Ausfallbetrag zu begleichen. Die Art (Größe und Wert) der Sicherheiten entspricht üblicherweise der Höhe des Darlehens.

Bei Bankdarlehen ist das Äquivalent einer solchen Sicherheit die Übertragung von Eigentumsurkunden für größere Güter oder Vermögenswerte (Maschinen, Autos, Häuser etc.) bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehens. Somit kann der

Schuldner diese Dinge in der Regel zwar weiterhin nutzen (sozusagen als Leihgut). Er trägt aber zu 100 % das Risiko, während die Bank etwas verleiht, was nicht wirklich existiert (künstliches Fiat-Geld) und mit dem Zugriff auf physische Sicherheiten wenig Risiko eingeht.

Unser Ziel des schuldenfreien Wirtschaftens führt zum Verzicht auf Bürgschaften und Sicherheiten.²¹ Weil Banken im neuen Finanzsystem keine Zinsen verlangen und nur echtes Geld verleihen können, sind mögliche Kreditgeschäfte vom Risiko her gerecht ausgeglichen.

7.7. Dienstleister

Mit der Einführung eines Finanzsystems zum Wohl der Allgemeinheit geht eine notwendige Transformation des Bankensektors in seiner heutigen Form und Handlungsweise einher. Unser Ziel hierbei ist es, eine vertrauenswürdige Basis zu schaffen,

- a) die den Geldinstituten wieder eine echte Dienstleisterrolle für die produktive Wirtschaft und den privaten Sektor ermöglicht, und
- b) die die Tür für ungerechte, eigennützige und spekulative Finanzaktivitäten verschließt.

Aufgabe dieser „Dienstleister-Banken“ ist die Verwaltung des Geldes ihrer Kunden zu deren Zufriedenheit und die Durchführung verschiedenartiger finanzieller Transaktionen in deren Namen. Ebenso die zinslose Vergabe von Darlehen aus Kundengeldern, die speziell für diesen Zweck bereitgestellt wurden. Die „Dienstleister-Banken“ werden so zu vertrauenswürdigen Verwaltern der ihnen für einen bestimmten Zeitraum und für bestimmte Zwecke anvertrauten Geldmittel.

Für ihre Dienstleistungen und die notwendige Infrastruktur steht ihnen selbstverständlich eine faire und angemessene Vergütung zu.

8. Komplementärwährungen

Komplementärwährungen ersetzen keine bestehenden offiziellen nationalen Währungen, sondern ergänzen diese als Zahlungsinstrument mit einem eingebauten Ziel. Es gibt zwei Arten, die hier kurz benannt werden sollen:

8.1. Sektorale Währung

Diese Währungsart ist nutzungs- statt gewinnorientiert und kann nur für genau den Zweck eingesetzt werden, für den sie geschaffen wurde, beispielsweise zur Bildungsförderung in der Nation. Damit ist sie für jegliche Spekulationsgeschäfte an nationalen und internationalen Finanzmärkten wertlos. Auch dieses Geld arbeitet

21 Sprüche 6,1-3; 11,15; 22,26; Sirach 29,14-15

mit einer Art Liegegebühr (siehe 1.9. Geldzirkulation), damit es wirksam zirkuliert. Sektorale Währungen unterbinden den Abfluss von Geld in Niedriglohnländer und Steueroasen und wirken somit dem Wohlstandsverlust und der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der eigenen Nation entgegen. Sie erzeugen Win-Win-Situationen, weil alle Beteiligten davon profitieren, und nicht nur einige wenige, wie bei zinsbasierten Systemen.

8.2. Regionale Währung

Diese Währungen bieten alle Vorteile der Sektoralen Währung, sind jedoch speziell darauf ausgerichtet, die Region zu fördern. Das Regionalgeld ermöglicht eine teilweise Entkopplung von der globalisierten Wirtschaft. Es fördert eine verstärkte Nutzung regionaler Güter und Dienstleistungen und sorgt dafür, dass Wertschöpfung und Überschuss in der Region bleiben. Damit trägt es zur Stärkung der regionalen Identität bei, hilft, neue, engere Verbindungen zwischen Konsumenten und Produzenten herzustellen und reduziert zudem den Transport- und Energiebedarf.

Wir begrüßen Komplementärwährungen als Ergänzung und zur Unterstützung beziehungsorientierten Wirtschaftens.

9. Kryptowährungen und digitale Zentralbankwährungen (CBDCs)

Die fortschreitende Digitalisierung, die fast alle Lebensbereiche betrifft, spiegelt sich auch im Finanzsystem und in neuen Währungsansätzen wider. Sogenannte Kryptowährungen wie Bitcoin und alle "Altcoins" (die unzähligen Kryptowährungen wie Ethereum, Lite-Coin usw., die Bitcoin nachempfunden sind) liegen im Trend. Investopedia.com erklärt, dass sich das "Krypto" in Kryptowährungen *"auf eine komplizierte Kryptographie bezieht, die die Erstellung und Verarbeitung digitaler Währungen und ihrer Transaktionen über dezentralisierte Systeme ermöglicht. Kryptowährungen werden in der Regel als Code von Teams entwickelt, die Mechanismen für die Ausgabe ... und andere Kontrollen einbauen. Kryptowährungen sind fast immer de-signiert, um frei von staatlicher Manipulation und Kontrolle zu sein."*²²

Aus diesem Grund arbeiten die EU mit der EZB wie auch Regierungen und ihre jeweiligen Zentralbanken auf der ganzen Welt an Alternativen, d. h. Zentralbank-Digitalwährungen (CBDCs), um ihr Monopol auf Währung und Geldschöpfung zu erhalten.

Auch digitale Währungen werden nicht durch bereits existierende Sachwerte gedeckt und können daher manipuliert werden. Zudem steigt das Risiko einer möglichen Kontrolle und Beeinflussung der wirtschaftlichen und privaten Geldströme durch den Staat, Banken und andere Autoritäten. Auch wenn die EZB in ihrer offiziellen Werbung für die Entwicklung des digitalen Euro auf den geplanten Fortbestand des Bargelds verweist, geht die Tendenz in Richtung Abschaffung. Bündnis C garantiert nicht nur eine gedeckte, stabile Währung, sondern auch den Fortbestand des Bargeldes, um eine totale Kontrolle der Geldströme zu verhindern.

²² <https://www.investopedia.com/tech/most-important-cryptocurrencies-other-than-bitcoin/>

C. Flankierende Maßnahmen

Bündnis C plant eine Reihe von Maßnahmen, die nicht direkt das Finanzsystem betreffen, aber großen Einfluss auf seine Umsetzung und Nutzung haben.

10. Haftungsbeschränkung

Die Gesellschaftsformen GmbH, UG und AG, die den für das Unternehmen Verantwortlichen (Gesellschafter, Aktionäre) eine beschränkte Haftung zugestehen, sind ein Versuch der Politik, die Geschäftstätigkeit zu stärken und dadurch Unternehmertätigkeit und Wirtschaftswachstum zu erzeugen. Destruktive Auswirkungen beschränkter Haftung sind:

- Eine Haftungsbegrenzung auf die Höhe der Geschäftsanteile bedeutet Befreiung von der vollumfänglichen Haftung und ermutigt, unverhältnismäßige Risiken für kurzfristige Gewinne einzugehen, ohne weitreichende Konsequenzen fürchten zu müssen, wenn etwas schiefläuft.
- Die über die Haftungsbeschränkung hinausgehenden Schulden/Verbindlichkeiten, bleiben bei der Gesellschaft oder der Bank als juristische Person. Juristische Personen können nicht zahlen. So wird jeder Fehlbetrag von denen getragen, die für die Probleme nicht verantwortlich sind und zuvor auch keine Profiteure der Gewinne waren: von Mitarbeitern, Auftragnehmern, Zulieferern und Kunden, mitunter sogar der Allgemeinheit der Steuerzahler, denen der Gesetzgeber damit Lasten auferlegt, die er selbst nicht bereit ist zu tragen.²³

Jede Haftungsbeschränkung untergräbt gesunde biblische Geschäftspraktiken, weil sie die Risikobereitschaft der Verantwortlichen erhöht. Das führt häufig zu impulsiven, schnellen, unqualifizierten und schlechten Unternehmensentscheidungen.

Ohne die Gesellschaftsform mit beschränkter Haftung würden kaum Großunternehmen und Konzerne existieren, denn das Risiko für den Fall einer Insolvenz wäre für die Verantwortlichen viel zu groß. So aber können diese die Wirtschaftsmärkte deutlich leichter dominieren und kontrollieren.

Das Abschaffen dieser Gesellschaftsform hätte eine Reihe positiver Auswirkungen im Sinne eines beziehungsorientierten Wirtschaftsansatzes:

- Eine gerechte Risikoverteilung verhindert ethisch fragwürdige Geschäftspraktiken wie die Einverleibung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten durch Unternehmer und Aktionäre.
- Unternehmer und Aktionäre werden bei der Führung ihrer Geschäfte umsichtiger agieren und der Aufsichtsrat (Direktorium) die Unternehmensführung umfangreicher und sorgfältiger kontrollieren.

- Vor tiefgreifenden finanziellen Entscheidungen werden sorgfältig alle Kosten überschlagen, um sicherzustellen, dass Begonnenes auch zu Ende geführt werden kann²⁴. Die Umgehung des Prinzips der guten, vorausschauenden Haushaltertschaft geht auf eigenes Risiko. Die Vermeidung von Konkursen und möglichen Rettungspaketen wirkt sich wirtschaftlich positiv für die Allgemeinheit aus.
- Es wird das Unrecht beendet, dass der Gesetzgeber die Haftung von Gesellschaften aufhebt, obwohl er sie nicht selbst übernimmt, sondern per Gesetz oft auf Unschuldige abwälzt.

Neben dem Einzelunternehmen befürwortet Bündnis C alle Unternehmensformen, bei denen die Geschäftsführung vollumfänglich persönlich haftend ist. Außerdem bieten die herkömmliche Aktiengesellschaft, deren Firmenanteile nicht spekulativ gehandelt werden, sowie Genossenschaften eine relativ risikoarme Möglichkeit der Geschäftsaktivität.

11. Konkurs-/Insolvenzverfahren

Ein Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren wird in der Regel eingeleitet, wenn der Schuldner seine Verbindlichkeiten nicht mehr begleichen kann und keine Aussicht auf Besserung seiner wirtschaftlichen Lage besteht. Grundsätzlich lassen sich Verschuldungen in zwei Hauptkategorien einteilen: (1) freiwillig und absichtlich, (2) unfreiwillig oder erzwungen.

Egal ob bei einer privaten oder einer Unternehmensinsolvenz, die Gesetzgebung ermöglicht durch entsprechende Verfahren einen Ausweg, damit der Schuldner nach einem gewissen Zeitraum ohne Altlasten einen Neustart wagen kann. Was für Schuldner gut gemeint und gesetzlich abgesichert ist, wälzt aber die Verantwortung für die Begleichung ihrer Verbindlichkeiten auf andere ab.

Bündnis C setzt sich für die gesetzliche Neuregelung von Konkurs-/Insolvenzverfahren ein. Wir befürworten auf freiwilliger Basis ausgehandelten Lösungen im Falle einer Zahlungsunfähigkeit. Die Abschaffung des gesetzlichen Freibriefs zur Insolvenz wird aus verschiedenen Gründen positive Auswirkungen auf eine beziehungsorientierte Wirtschaftsausrichtung haben:

- Besonnenere Wirtschaftsentscheidungen senken das Spekulationsrisiko.
- Wie bereits unter 10. *Haftungsbeschränkung* dargelegt, kann nur der jemandem dessen Schuld(en) vergeben bzw. erlassen, der bereit ist, diese Schuld(en) selbst zu begleichen. Weil der Staat aber nicht als „Ersatzschuldner“ auftritt, verwirkt er das Recht, einem Schuldner alle oder auch nur einen Teil seiner Schulden zu erlassen, die dann von anderen, oft unbeteiligten Personen getragen werden müssen. Die Abschaffung des gesetzlichen Insolvenzrechts schützt die Benachteiligten und hilft dem Staat aus der rechtlichen Bredouille.

- Die mit Insolvenzverfahren verbundene vollumfängliche Rechenschaftspflicht der Nutzer entfällt. Das stärkt das Vertrauensklima.
- Schulden der Kategorie (1) – freiwillig und absichtlich: Durch die Abschaffung des gesetzlichen Freibriefs zur Insolvenz wird potentieller Diebstahl verhindert.
- Schulden der Kategorie (2) – unfreiwillig oder erzwungen: Es wird ein bewusster Fokus auf die Möglichkeit der beziehungsorientierten Problembewältigung geschaffen. Danach werden, zunächst Familienmitglieder, Verwandte und/oder die Gemeinde/Gemeinschaft des Schuldners in die Lösung zur Abzahlungshilfe mit einbezogen. Kann nach dem Ablauf von maximal sieben Jahren trotz aller Anstrengung die Restschuld nicht beglichen werden, so kann nur der Gläubiger selbst sie erlassen.

12. Subventionen

Subventionen sind finanzielle Zuschüsse, die nicht an eine direkte Gegenleistung gebunden sind. Empfänger von Subventionen können (andere) Staaten, Unternehmen oder private Haushalte sein. Subventionen fließen direkt (Finanzhilfen) oder indirekt (Steuervergünstigungen).²⁵ Die Finanzierung dieser Beihilfen erfolgt durch die Allgemeinheit der Steuerzahler, Nutznießer sind in der Regel aber nur ein Bruchteil von ihnen.²⁶

Oftmals fließen hohe Subventionszahlungen in die Bewahrung von Wirtschaftszweigen, die ansonsten im Wettbewerb nicht bestehen könnten. Insofern erfolgt ein künstlicher und manipulativer Eingriff des Staates in die eigentlich von den Wirtschaftsteilnehmern bestimmte freie Wirtschaftsdynamik.

Das Ziel von Bündnis C ist die Abschaffung sämtlicher Subventionen, weil sie als Bevorzugung einiger weniger gegenüber der Mehrheit nicht zu rechtfertigen ist.

13. Machtkonzentration (Kartelle, Monopole, Großgrundbesitz)

Ein **Kartell** ist der freiwillige und bewusste Zusammenschluss von Unternehmen und ggfs. anderen Marktakteuren oder eine getroffene Vereinbarung von Konkurrenten. Ein **Monopol** bedeutet, es gibt nur einen Anbieter in einer Wirtschaft. Monopole entstehen in der Regel durch Aufkäufe von Konkurrenzunternehmen. **Großgrundbesitz** bezeichnet die Anhäufung von Land und Gebäuden in den Händen einiger weniger zu Lasten der Mehrheit.

Ein negativer Auswuchs unseres aktuellen Finanzsystems ist die zunehmende Machtkonzentration durch Kartelle, Monopole und Großgrundbesitz, weil die uneingeschränkte künstliche Geldschöpfung und Verschuldung die Finanzkraft für die entsprechenden Geschäfte gibt. Gekoppelt mit den gesetzlichen Regelungen zur beschränkten Haftung und Insolvenz ermöglicht dies Großunternehmen und Konzernen zunehmend, die Märkte zu beherrschen, zu kontrollieren und zu manipulieren, kleinere Konkurrenten zu zerstören oder aufzukaufen.

25 <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202192/subventionen>

26 3. Mose 19,15

Die Bibel gibt zwar Raum für Reichtum und Besitz von Land und Gebäuden in den Händen derer, die nach Gottes Definition ehrlich und rechtschaffen damit umgehen. Sie verurteilt jedoch deren Konzentration in den Händen einiger weniger, weil sie in der Regel zur ausbeuterischen Dominanz führt und dadurch vor allem den Armen und Besitzlosen schadet und sie ihrer Lebensgrundlage beraubt.²⁷ Deshalb ist Ziel von Bündnis C das generelle Verbot von Kartellen und Monopolen sowie die drastische Einschränkung von Großgrundbesitz.

Gegen die Anhäufung von Ländereien/Grundbesitz kommt auch die biblische Regelung des Jubeljahres in Betracht, nach der alle fünfzig Jahre das Land zurück in die Hände seiner ursprünglichen Besitzer fällt.²⁸ Damit wird unter anderem verhindert, dass ausländische Investoren Land aufkaufen. Hingegen befürworten wir die Regelung nicht für vom Eigentümer selbst genutztes oder bewirtschaftetes Land, um Familienbetriebe zu schützen.

14. Staatliche Steuern und Abgaben

In Deutschland führt ein Steuerzahler durchschnittlich 45-50% seines Bruttoeinkommens über Steuern und Abgaben an den Staat ab. Ein Grund, quasi ein halbes Jahr nur für die Finanzierung der Staatsausgaben arbeiten zu müssen, liegt bei den Bürgern selbst, die vermehrt ihre einstige Eigenverantwortung vor allem im sozialen und Gesundheitsbereich an zentrale Behörden und staatliche Organe delegieren.

Ein Staat im christlichen Sinne ist schlank, mit einfachen, für die Bürger transparenten Strukturen.²⁹ Das bedeutet Reduktion von Steuern und Abgaben auf ein absolutes Minimum, denn die Bibel stellt klar: „*Wer viel Steuern erhebt, richtet das Land zugrunde.*“ (Sprüche 29,4). Insbesondere darf selbst genutzter privater Grundbesitz nicht besteuert werden, da er die Lebensgrundlage für Familien und Unternehmen darstellt.

Eine deutliche Verkleinerung des Regierungsapparates und die Reduzierung der staatlichen Behörden und Institutionen ist das erklärte Ziel von Bündnis C. Dazu gehört auch die drastische Reduzierung und Vereinfachung der Flut von Gesetzen, Verordnungen und Einzelschriften, die Wirtschaft und Gesellschaft lähmen. Dadurch soll nicht nur die Steuer- und Abgabenlast erheblich gesenkt und bezahlte Arbeit wieder lohnenswerter gemacht werden. Staatliche Kontrollsysteme sollen abgebaut und deren Verantwortungsbereiche wieder an die Bürger zurückübertragen werden. Wir treten für ein transparentes und einfaches Steuersystem ein.

Bündnis C verpflichtet sich auch zur Prüfung des finanziellen Engagements im außenpolitischen Kontext. Ziel ist, Zahlungen in diesen Bereichen auf die Basis vorhandener, zur Verfügung stehender Mittel zu stellen, anstatt die Verschuldung zu erhöhen.

27 Micha 2,2; Sprüche 24,15; Lukas 6,24; Jesaja 5,8

28 3. Mose 25

29 Vgl. Bündnis C, Grundsätze und Eckpunkte 2/2019, 2.5.3. Steuern unter <https://buendnis-c.de/wp-content/uploads/2019/03/Buendnis-C-Grundsätze-und-Eckpunkte.pdf>

Ein weiterer Punkt ist die Abschaffung aller Steuervergünstigungen für Schuldenfinanzierungen jeglicher Art, sowohl im privaten als auch im Unternehmenssektor, um keine Anreize zur Verschuldung mehr zu geben.

15. Lobbys

Lobbys sind die Interessenvertretungen einer Vielzahl von Organisationen, Verbänden, Industrien, Wirtschaftszweigen, Unternehmen usw., die in Politik und Gesellschaft aktiv sind. Ihr Ziel ist es, durch die Pflege persönlicher Beziehungen die Regierung, den öffentlichen Sektor, die Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie andere offizielle Stellen, aber auch die öffentliche Meinung zum eigenen, fast ausschließlich kommerziellen Vorteil zu beeinflussen.

Als christliche Partei pflegen wir persönliche Beziehungen nicht zu deren „Verzweckung“. Unser Ziel ist das Wohl aller Bürger und nicht das von Interessengruppen. Insofern gibt es einen klaren Widerspruch zur Ausrichtung und Arbeitsweise der Lobbys, die ihre Kosten zudem zu Lasten der Verbraucher auf ihre Produkte und Dienstleistungen aufschlagen.

Deshalb verpflichten wir uns, kommerziell getriebene Einflussnahme auf die Politik und Rechtsprechung, Beratung und Manipulation durch Interessenvertretungen einen Riegel vorzuschieben. Wir wollen uns von unabhängigen Experten beraten lassen, die Zusammenhänge und das Ganze im Blick haben, um Beschlüsse, Maßnahmen, Weisungen etc. gemessen am Wort Gottes im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. Politiker dürfen keine Nebentätigkeiten in Aufsichtsräten und anderen Gremien ausüben, die dem Lobbyismus dienen.

16. Börsenspekulationen

Aktien (Unternehmensanteile) waren früher eine ziemlich solide Angelegenheit, weil ihr Wert auf der Produktionskapazität, realisierten Leistung und Rentabilität des Unternehmens basierte. Das gilt heute wohl allenfalls noch für die nicht öffentlich gelisteten Aktiengesellschaften. Seit vor einem halben Jahrhundert die Finanzmärkte dereguliert, also liberalisiert, wurden, sind die für die öffentlich gelisteten Aktiengesellschaften zuständigen Börsen zum Platz für Aktienspekulationen und zur Verkaufsplattform für undurchsichtige Finanzprodukte geworden. Ein subtil verbreitetes Gerücht oder eine Stellungnahme kann den Aktienwert eines Unternehmens stärker beeinflussen als die tatsächliche Produktionskapazität, die realisierte Leistung und die Rentabilität.

Kritiker definieren Spekulation als Verwendung unbekannter Variablen zum eigenen Vorteil durch die Manipulation von Informationen. Und spekuliert wird an den Börsen nicht nur mit Unternehmensanteilen, sondern auch mit unzähligen dubiosen Finanzprodukten (z.B. gebündeltem Verkauf von Schulden), Wetten auf Zinssätze, Wechselkurse, Edelmetall-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisentwicklungen, mit Terminkäufen und vielem mehr. Das Jahresvolumen dieser Zockerei, die nur bedingt relevant für die produktive Wirtschaft ist, beträgt etwa das 70-fache der globalen Jahreswirtschaftsleistung.

Mit der Einführung eines biblischen Finanzsystems und allen anderen bisher beschriebenen Maßnahmen werden diese Spekulationsmöglichkeiten für Deutschland stark eingeschränkt. Zusätzlich will Bündnis C die Aktienmärkte (Börsen) wieder regulieren, damit diese für die produktive Wirtschaft und den Wohlstand der Bevölkerung zerstörerischen

Praktiken beendet werden. Hierzu gehören ein Verbot des kommerziellen Handels mit Schulden jeglicher Art und spekulativen Finanzprodukten (Wetten auf zukünftige Entwicklungen, Geld mit Geld erwirtschaften, etc.). Ziel ist der reine Handel mit Aktien von produzierenden Unternehmen (BIP), keine Finanzspekulationen.

D. Die ersten Schritte

Die Einführung eines neuen Finanzsystems geschieht nicht über Nacht. Gerade die Einführung des neuen Echtgeldes erfordert eine sorgfältige Vorausplanung und Organisation. Dennoch lassen sich auf dem Weg zur Realisierung des beziehungsorientierten Finanzsystems relativ schnell Maßnahmen umsetzen wie:

1. Zinsnahme-Verbot – dadurch wird aktuellen Problemen, vom Wachstumszwang bis hin zur ungerechten Risikoverteilung zwischen den Parteien, ein Riegel vorgeschoben, und die Einbindung der Kapitalgeber in mehr reflektierte Entscheidungen zum Geldverleih gefördert.
2. Abschaffung des Mindestreserve-Bankwesens – den Geschäftsbanken wird die Möglichkeit künstlicher Geldschöpfung genommen und resultierende Probleme für die Volkswirtschaft und seine Beteiligten unterbunden.
3. Neuregelung Einlagen, Kreditvergabe und -laufzeiten – Banken dürfen nicht länger die Einlagen ihrer Kunden als Eigenkapital in ihren Bilanzen ausweisen; kurzfristige Einlagen dürfen nicht mehr in langfristige Kredite gebunden werden; nur die Gelder, die von den Kunden für Kredite zur Verfügung gestellt wurden, dürfen verliehen werden, wobei Einlagezeitraum und Kreditlaufzeitraum übereinstimmen müssen.
4. Schuldenabbau – um die Nation von der Schuldversklavung zu befreien, soll umgehend mit dem Schuldenabbau auf allen Ebenen begonnen werden.
5. Abschaffung von Subventionen – der Staat wird nicht mehr manipulativ durch Fördermittel in die freie Wirtschaftsdynamik eingreifen und somit die oft ungerechte Bevorzugung einiger weniger zu Lasten der Mehrheit abstellen.
6. Neuregelung zur Haftungsbeschränkung – die Möglichkeit zur Haftungsbeschränkung wird aufgehoben, um die für das wirtschaftliche Wohl der Bevölkerung zerstörerische Risikobegrenzung für Banken und Unternehmen zu unterbinden.
7. Verbot von Kartellen, Monopolen, Großgrundbesitz – um die Konzentration von Reichtum, Land und Gebäuden in den Händen einiger weniger auszuschließen.
8. Regulierung der Börse(n): Die Aktivitäten an der Börse sollen sich wieder auf den Aktienhandel produzierender Unternehmen beschränken und hochspekulative Aktivitäten (kommerzieller Handel mit Schulden jeglicher Art, spekulativen Wetten auf zukünftige Entwicklungen etc.) verboten werden.
9. Verkleinerung Staat: Da nur ein schlanker Staat mit einfachen, für die Bürger transparenten Strukturen ein Staat im christlichen Sinne ist, werden wir umgehend daran arbeiten, staatliche Aktivitäten auf die Bürger zurück zu übertragen und so die Steuern und Abgaben, aber auch die Gesetzesflut signifikant zu reduzieren.

E. Abgrenzung zu anderen Parteien

Eine umfassende Abgrenzung zu den finanzpolitischen Programmen der anderen Parteien fällt eher dürftig aus, weil diese entweder (noch) nicht existieren, oder nur in begrenztem Maße öffentlich zugänglich sind. Folgendes lässt sich jedoch festhalten:

- Außer Bündnis C gibt es keine andere Partei in Deutschland, die die Systematik unseres Geldsystems als unzureichend und auf allen Ebenen zerstörerisch infrage stellt.
- Darum verwundert es nicht, dass nur Bündnis C ein völlig neues Finanzsystem anstrebt, das aufgrund seiner beziehungs- anstatt rein profit-orientierten Ausrichtung auf alle, am Wort Gottes gemessen, zerstörerischen Elemente verzichtet.
- So soll es mit Bündnis C kein ungedecktes, schuldenbasiertes, unbegrenzt erzeugbares Fiat-Geld mehr geben, sondern nur noch echtes, durch existierende Gold- und Silbervorräte gedecktes Geld mit einer festgeschriebenen Deckungsrate. Keine andere Partei sieht das Fiat-Geld kritisch.
- Weil Fiat-Geld für die etablierten Parteien kein Thema ist, sind auch Mindestreserve-Bankwesen und künstliche Geldschöpfung keine Diskussionspunkte. Allerdings lehnt die FDP eine „Staatspolitik über die Notenpresse“, sprich Zentralbank, auf Dauer ab.
- Bündnis C will das Bargeld für den täglichen Gebrauch erhalten. Lediglich die AfD setzt sich ebenso dafür ein, während alle anderen Parteien Bargeld überhaupt nicht thematisieren. Die Grünen favorisieren offen digitale Währungen.
- Zudem sieht Bündnis C eine drastische Transformation der Geschäftsbanken ggfs. sogar den kompletten Austausch durch echte Finanzdienstleister vor. Die Grünen hingegen möchten die Banken für ökologische Investitionen gewinnen und so umformen, dass sie dem Gemeinwohl dienen. Die Linke plant die Verstaatlichung des gesamten Bankensektors.
- Als einzige Partei will Bündnis C den Zinsgebrauch abschaffen. Bei allen anderen Parteien sind Zinsen kein Thema.
- Bündnis C verfolgt eine Ausgabenpolitik, die sich nur an vorhandenen Mitteln orientiert und nicht schuldenfinanziert ist. Alle bereits aufgelaufenen Schulden sollen abgebaut/zurückgezahlt und keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Die AfD spricht von einer Rückführung öffentlicher Schulden. Von der CDU dürfte eine Wiederbelebung der Schuldenbremse zu erwarten sein. Die Grünen geben ein klares Bekenntnis zur Verschuldung. Auch die SPD lehnt jegliche Austerität ab und spricht von massiven Zukunftsinvestitionen. Sie will die verfassungsrechtlichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen, was einem klaren Bekenntnis zu weiterer Schuldenaufnahme gleichkommt.
- Bündnis C will Subventionen jeglicher Art abschaffen. Bei allen anderen Parteien spielt dieses Thema bisher keine Rolle.
- Bündnis C will Börsenspekulationen verbieten und die Börse(n) wieder regulieren. Für alle anderen Parteien ist das bisher kein Thema. Lediglich Die Linke statuiert: „Dass Spekulanten die Handels- und Kapitalströme bestimmen und schwere Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der nicht hinzunehmen ist.“

- Bündnis C will die Haftungsbeschränkungen für Banken und Unternehmen sowie die aktuellen gesetzlichen „Freibriefe“ zu Konkurs-/Insolvenzverfahren abschaffen. Bei allen anderen Parteien gibt es diesbezüglich keine Aussagen.
- Das gilt ebenso für das Verbot von Machtkonzentrationen (Kartelle, Monopole, Großgrundbesitz) und die Zulassung faktisch kommerzgetriebener Lobbys zur Beeinflussung der Regierungsgeschäfte und -ausrichtung.